



Zins-Kommentar

08.04.2025

Schon kurz nach der Vereidigung Donald Trumps zum US-Präsidenten sind wir im Rahmen des Zinskommentars auf die Folgen eines möglichen Handelskrieges auf die Zinsentwicklung eingegangen. Seit der kürzlichen Verabschiedung von breitgefassten Strafzöllen durch die USA auf fast alle Länder dieser Welt und deren Gütern, ist die globale Wirtschaft in großem Aufruhr und Rezessionsängste machen die Runde. Erfahren Sie in der heutigen Ausgabe des Zinskommentars mehr über die Hintergründe und Folgen der Zölle auf Wirtschaft und Zins.

Vom „Liberation Day“ zur „Trumpflation“

Donald Trump kündigte zunächst einen allgemeinen Zoll von zehn Prozent für alle importierten Güter an. Darüber hinaus verabschiedete der ehemalige Geschäftsmann für über 180 Länder sog. „reziproke Zölle“, welche sich auf Grundlage einer dubiosen Rechnung ergeben. Und zwar ergibt sich der errechnete Zoll aus dem Anteil des Handelsdefizits mit den Exporten in die USA. Dieser Wert wird dann nochmal durch zwei geteilt und schon erhält man den ausgesprochenen Zoll (Vgl. Tabelle 1). Beispielsweise hatte die Europäische Union (EU) in 2024 ein Handelsdefizit von rund 198 Milliarden Euro mit den USA, während diese 532 Milliarden Euro in die USA exportierte. Daraus ergibt sich ein Straff Zoll von 19 Prozent. Ausgesprochen hat Donald Trump einen Zoll von 20 Prozent auf Güter aus der EU. Aus der Tabelle 1 lassen sich die möglichen Zölle ablesen, wäre jedes EU-Land individuell mit einem Straff Zoll belegt worden.

Interessant ist auch, dass sich die Handelsstatistiken der EU und die der USA für dieselben betrachteten Werte unterscheiden, sodass sich verschiedene Zölle ergeben, je nachdem welche Datengrundlage man verwendet. Beispielsweise hat Deutschland laut Eurostat ein Handelsdefizit von 93 Milliarden Euro mit den USA, obwohl die USA für denselben Wert 85 Milliarden US-Dollar angibt. Die aufgeführte Tabelle 1 bezieht sich auf Eurostat-Daten, während die US-Regierung andere Daten verwendet.

Abbildung 1: Mögliche Strafzölle auf EU-Länder nach Berechnungen der US-Regierung

	Handelsdefizit mit den USA	Exporte in die USA	"Zölle auf US-Güter"	"Neue Reziproke US-Zölle"
Austria	11.415.266.299 €	16.217.597.238 €	70%	35%
Belgium	1.507.541.278 €	32.926.037.223 €	5%	2%
Bulgaria	663.665.086 €	1.082.242.190 €	61%	31%
Cyprus	- 191.284.269 €	53.341.987 €	-359%	-179%
Czechia	3.121.342.972 €	6.603.285.678 €	47%	24%
Germany	92.269.457.777 €	161.245.099.700 €	57%	29%
Denmark	1.954.822.274 €	8.522.020.023 €	23%	11%
Estonia	402.385.475 €	713.668.828 €	56%	28%
Spain	- 5.981.208.750 €	18.179.096.742 €	-33%	-16%
European Union	197.560.147.193 €	531.980.479.510 €	37%	19%
Finland	4.383.915.614 €	6.966.866.242 €	63%	31%
France	2.842.639.587 €	47.079.927.487 €	6%	3%
Greece	250.469.305 €	2.411.707.150 €	10%	5%
Croatia	23.373.723 €	804.497.450 €	3%	1%
Hungary	3.344.034.138 €	5.007.598.951 €	67%	33%
Ireland (Eire)	50.845.174.404 €	72.119.513.084 €	71%	35%
Italy	38.870.135.541 €	64.759.446.833 €	60%	30%
Lithuania	233.355.808 €	1.847.004.870 €	13%	6%
Luxembourg	- 177.675.308 €	423.425.603 €	-42%	-21%
Latvia	302.325.416 €	533.611.023 €	57%	28%
Malta	- 12.082.268 €	268.104.084 €	-5%	-2%
Netherlands	- 24.853.090.210 €	43.481.898.724 €	-57%	-29%
Poland	- 490.668.303 €	11.634.332.457 €	-4%	-2%
Portugal	2.902.291.886 €	5.318.258.347 €	55%	27%
Romania	969.931.919 €	2.283.833.794 €	42%	21%
Sweden	9.568.171.523 €	16.118.498.111 €	59%	30%
Slovenia	- 277.016.575 €	940.624.981 €	-29%	-15%
Slovakia	3.672.872.851 €	4.438.940.710 €	83%	41%

Quelle: Eurostat (2025); eigene Darstellung und Berechnung

Doch was genau erhofft sich die US-Regierung von dieser Maßnahme? Donald Trump sieht ein Handelsdefizit (Importe übersteigen die Exporte) als etwas Schlechtes und gar Diskriminierendes an und möchte wieder Industrie in die USA „zurückholen“. So erhofft sich der US-Präsident von den Zöllen, dass Unternehmen sich intensiviert sehen, wieder eine Produktion in den USA aufzubauen und dadurch Investitionen und Arbeitsplätze zu schaffen. Doch dieser Annahme widerspricht eigentlich jeder renommierte Ökonom. Gar das Gegenteilige wird geäußert. Donald will das Wasser somit bergauf laufen lassen.

In Folge der Zölle könnte die USA sogar weniger exportieren, als sie es heute tut. Das liegt unter anderem daran, dass viele Rohstoffe und Vorprodukte aus dem Ausland kommen und nicht direkt substituiert werden können. Darüber hinaus reagieren schon einige Länder, wie z.B. China, mit Gegenmaßnahmen, was wiederum amerikanische Produkte im Ausland teurer macht.

Zudem entsteht durch die individuelle „Besteuerung“ von Ländern eine große Unsicherheit, da unklar ist, ob die verabschiedeten Zölle von Dauer sind. Dadurch setzen Unternehmen Investitionen aus und auch Konsumenten könnten zurückhaltender werden. Insgesamt steigt das Rezessionsrisiko. Diese Angst lässt sich auch am Kursverfall an den Börsen ablesen.

Um die Auswirkungen der Zölle auf die Zinsen zu verstehen, muss insbesondere die Preisentwicklung in Betracht gezogen werden. Diese könnte, wie aus der Überschrift des Zinskommentars („Trumpflation“) deutlich wird, steigen. Und zwar nicht für ausländische Produzenten, sondern vor allem für die Konsumenten, denn weder die Exporteure noch die Importeure nehmen signifikante Margenkürzungen in Kauf, sondern leiten die Preiserhöhungen in Folge der Zölle weiter an die Konsumenten.

Steigende Preise bedeuten in der Regel höhere Zinsen, um über die Nachfragesteuerung die Inflation zu senken. Der US-Notenbankchef, Jerome Powell, äußerte bereits die Sorge, dass die Zölle für eine „zumindest zeitweise Erhöhung der Inflation“ sorgen könnten. Damit könnten

mögliche Zinssenkungen ausgesetzt werden. Derzeit liegt der Zinskorridor zwischen 4,25 und 4,50 Prozent.

Auf dem Anleihemarkt hingegen überwiegt ein anderer Effekt. Dort fielen die Renditen, da eine potenzielle Rezession negative Effekte auf das Preisniveau haben könnte. Viele Investoren schichten ihr Portfolio von Aktien auf Anleihen um, da diese als „sicherer“ gelten und das lässt die Anleihepreise anziehen und die Rendite fallen.

Insgesamt könnten wir in eine Zeit hoher Preise und rezessiver Tendenzen schreiten, was unter Fachleuten als „Stagflation“ betrachtet wird. In diesem Fall sehen sich die Notenbanken vor dem Dilemma entweder die Wirtschaft zu unterstützen oder die hohen Preise zu bekämpfen. Letzteres ist das eigentliche Mandat der Notenbanken und wird in der Regel bevorzugt, womit wir im Falle einer anziehenden Inflation mit einem mindestens stabilen Zinsniveau rechnen müssen.

Der freie Handel ist der beste Handel. Jedes Land sollte sich auf die Industrien und Dienstleistungen fokussieren, wo es einen komparativen Vorteil gibt. Im Falle der USA sind dies Dienstleistungen. Hier erzielt die USA einen enormen Handelsüberschuss. Um eine heimische Produktion wieder aufzubauen, muss die USA Ressourcen aus anderen Industrien abziehen, da diese begrenzt sind. Damit könnte die USA zwar wieder mehr im eigenen Land produzieren, aber dabei den eigentlich starken Industrien, wie etwa der Technologiebranche, enorm schaden.

Wie sich die Lage weiterentwickelt, hängt auch davon ab wie die betroffenen Länder reagieren. Werden umfangreiche Gegenmaßnahmen getroffen, würde das die erläuterten Effekte verstärken und womöglich zu einer globalen Rezession führen. Wenn das nicht klappt, könnte das eigene Klientel Donald Trump zur Vernunft bringen, denn diese leiden am meisten unter den Zöllen, da diese anteilig mehr für grundlegende Produkte aufwenden, die oft importiert werden.

Am Ende wird es ein Ende mit Schrecken sein, da seine Strategie sehr klar ist: „FLOOD THE ZONE“. Steve Bannon hat „The Donald“ mit dieser Strategie geimpft: Mit Schreckensnachrichten beginnen, sprich die Zone fluten. Wenn der Gegner verwirrt und verängstigt ist, dann wird verhandelt. Deswegen prahlte Donald Trump am Wochenende, dass sich schon 50 Staaten gemeldet hätten, um zu verhandeln. Vielleicht wird aus der "Liberation" eine Inflation.

Einen wunderschönen Tag wünscht Ihr

Kurt Neuwirth



Impressum:

Neuwirth Finance GmbH
Gautinger Straße 6
82319 Starnberg

Telefon: +49 (0)8151 555 098-0
E-Mail: info@neuwirth.de
Web: www.neuwirth.de
Geschäftsführer: Kurt Neuwirth

Registergericht: Amtsgericht München
HRB München: 166347
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer gemäß §27
a Umsatzsteuergesetz:
DE 253 31 04 34

Haftungs-, Datenschutz und Schutzrechtshinweise:

Die Informationen und Prognose zur aktuellen Zinsentwicklung dienen lediglich der aktuellen Information. Sie stellen weder ein Angebot noch eine Aufforderung zum Erwerb oder zur Veräußerung von Produkten oder zur Teilnahme an einer spezifischen Strategie in irgendeiner Rechtsordnung dar und basieren auf dem Wissensstand der mit der Erstellung betrauten Personen im Erstellungszeitpunkt. Diese Prognose wurde ohne Berücksichtigung der Zielsetzung, der finanziellen Situation oder der Bedürfnisse eines bestimmten Empfängers erstellt. Die Neuwirth Finance GmbH lehnt jede Haftung für Verluste aus der Verwendung dieser Informationen ab. Der Bericht enthält keinerlei Empfehlungen rechtlicher Natur oder hinsichtlich Investitionen, Rechnungslegung oder Steuern. Obwohl wir die von uns beanspruchten Quellen als verlässlich einschätzen, übernehmen wir für die Vollständigkeit und Richtigkeit der hier wiedergegebenen Informationen keine Haftung. Insbesondere behalten wir uns einen Irrtum in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben ausdrücklich vor.

Links auf fremde Webseiten: Inhalte fremder Webseiten, auf die wir direkt oder indirekt verweisen, liegen außerhalb unseres Verantwortungsbereiches und machen wir uns nicht zu Eigen. Für alle Inhalte und insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung der in den verlinkten Webseiten aufrufbaren Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der verlinkten Webseiten.

Urheberrechte und Markenrechte: Alle auf dieser Website dargestellten Inhalte, wie Texte, Fotografien, Grafiken, Marken und Warenzeichen sind durch die jeweiligen Schutzrechte (Urheberrechte, Markenrechte) geschützt. Die Verwendung, Vervielfältigung usw. unterliegen unseren Rechten oder den Rechten der jeweiligen Urheber bzw. Rechteinhaber.

Hinweise auf Rechtsverstöße: Sollten Sie innerhalb unseres Internetauftritts Rechtsverstöße bemerken, bitten wir Sie uns auf diese hinzuweisen. Wir werden rechtswidrige Inhalte und Links nach Kenntnisnahme unverzüglich entfernen.

Datenschutzhinweise: Wir schützen Ihre persönlichen Daten gemäß den Vorgaben der DSGVO. Wie wir diese verarbeiten, erfahren Sie in unserem Merkblatt zum Datenschutz, dass Sie unter <https://www.neuwirth.de/rechtliches> abrufen können.

Datenschutzhinweise zum Newsletter: Sie empfangen unseren Newsletter mit Informationen auf Grund unserer Geschäftsbeziehung und/oder Ihrer vorhergehenden Einwilligung. Mit diesem Newsletter analysieren wir durch individuelle Messungen, Speicherungen und Auswertungen die Öffnungsraten und der Klickraten in Empfängerprofilen zu Zwecken der Gestaltung künftiger Newsletter entsprechend den Interessen unserer Leser. Die Einwilligung kann mit Wirkung für die Zukunft jederzeit durch die Abbestellung des Newsletters widerrufen werden.